

Unterbringung von Flüchtlingen im Wetteraukreis und anderswo

Flüchtlingsschutz statt Panikmache

Es ist seit langem Konsens in der Bundesrepublik, dass es nie wieder Faschismus geben darf. Dies wurde in vielen Veranstaltungen anlässlich des Jahrestages der Pogromnacht gerade letzte Woche wieder an vielen Orten deutlich gemacht.

Die Fehler, die dann zur Machtergreifung des Hitlerfaschismus geführt haben, sollen niemals wiederholt werden. Das ist die Meinung der großen Mehrheit in Deutschland.

Trotzdem sieht es so aus, als ließen sich diese Mehrheit und ihre politischen Vertreter von einer fremdenfeindlichen Minderheit immer wieder ins Bockshorn jagen. Seit etwa 2 Jahren steigen die Zahlen der politischen Flüchtlinge und der Armutsmigration aus den neuen Beitrittsländern der EU wieder und nach dem radikalen Abbau von Unterkünften in den Jahren zuvor ergibt sich ein Unterbringungsproblem, das, verglichen mit anderen Aufnahmeländern für Flüchtlinge in der Welt und in einem der reichsten Länder der Erde kaum ins Gewicht fallen dürfte. Es gibt Kommunen im Wetteraukreis, die ihren Anteil an Flüchtlingswohnheimen übernehmen. Butzbach ist ein gutes Beispiel dafür, wo sich inzwischen auch ein Arbeitskreis zur Unterstützung von Flüchtlingen gebildet hat.

Dann gibt es andere, die in der entstandenen Notsituation nach dem Sankt Floriansprinzip handeln:

„Überall, nur nicht in dieser Unterkunft und bloß nicht bei uns.“ Hinter angeblich rationalen Argumenten („Das wäre keine menschenwürdige Unterbrin-

gung“ oder „Hier gibt es keine Infrastruktur“) wird oft eigene Fremdenfeindlichkeit oder die Angst vor der Fremdenfeindlichkeit anderer versteckt.

Fremdenfeindlichkeit ist eine Spielart des Rassismus und wird dann gern noch mit Vorurteilen gegen „Zigeuner“ und deren „kriminelle Energie“ gewürzt.

Diese Vorgehensweise ist Wasser auf die Mühlen der Rechtsradikalen und überlässt ihnen das Feld im Kampf um die Köpfe der Menschen, indem man die fremdenfeindliche Argu-

mentation nicht nur nicht bekämpft, sondern ihr gar hinterherläuft. Und so befinden wir uns in einer paradoxen Situation: In Berlin wird ein Mahnmal für die im Faschismus ermordeten Sinti und Roma feierlich eröffnet, aber keine möchte einen solchen neben sich wohnen haben. Opfer von Kriegen und Hungerkatastrophen werden zwar bemitleidet, aber kaum jemand möchte mit den Auswirkungen konfrontiert werden.



Oben ein Bild von der Demonstration gegen den Aufmarsch der NPD im November 2011.

Mit dem Motto: Deutschland den Deutschen und imit slamefeindlichen Parolen versuchte die NPD immer wieder, Menschen für ihre Demonstrationen zu mobilisieren und die Straße für sich zu erobern.

Jeweils breite antifaschistische Bündnisse haben dies zweimal in Friedberg und Nidda sowie einmal in Altenstadt verhindert.

Bild unten: *Erst mussten die Nazis stundenlang warten, um dann im Schnelldurchlauf über die Seewiese geleitet zu werden. Allerdings wurden auch viele Demonstranten von der Polizei eingekesselt.*



„Die gestiegene Zahl der Asylbewerber aus Serbien und Mazedonien darf nicht für innenpolitischen Populismus missbraucht werden. Tatsächlich deutet sie vor allem auf die Ausgrenzung der dortigen Minderheiten hin. Statt über eine Wiedereinführung der Visumpflicht zu diskutieren, sollte die Situation der Roma vor Ort nachhaltig verbessert werden. Die entsprechenden Maßnahmen der EU sind offensichtlich noch lange nicht ausreichend. Erst Ende August stellte die EU-Kommission in ihrem dritten Bericht zur Visaliberalisierung

Oktober 2012 zu Recht zur Besonnenheit in der Debatte um Asylsuchende aus Serbien und Mazedonien aufgerufen und eine gründliche und unvoreingenommene Prüfung von Asylanträgen auch aus diesen Staaten angemahnt. Gegen zügige Asylverfahren ist nichts einzuwenden - solange sie fair sind. Es dürfen aber nicht pauschal ganze Bevölkerungsgruppen vom Asylrecht ausgeschlossen werden. (Aus der Presseerklärung der Pressestelle der Grünen in Berlin vom 9.11.)

erneut fest, dass Roma in allen Balkanstaaten einer umfassenden Diskriminierung ausgesetzt sind, die sie an der Ausübung grundlegender Rechte wie beispielsweise dem Zugang zu Bildung und Ausbildung, Gesundheitsversorgung und Arbeitsmarkt hindert.

Die beiden großen Kirchen haben in einer gemeinsamen Erklärung vom 23.

Der Kampf gegen Rassismus und Faschismus hat heute eine neue konkrete Aufgabe:

- Bekämpfung der Fremdenfeindlichkeit und der Ablehnung von Flüchtlingen.
- Gleichmäßige und damit sozialverträgliche Unterbringung in möglichst menschenwürdigen Unterkünften in allen Kommunen des Kreises.
- Die Flüchtlinge müssen in das soziale Leben der Orte einbezogen werden, damit die Fremden nicht isoliert bleiben und als Fremdkörper in den Kommunen wahrgenommen werden. Wenn Menschen aufeinander zugehen und sich kennen lernen, haben Vorurteile keine Chance. Jede Initiative in dieser Richtung muss begrüßt und unterstützt werden.
- Hilfen bei der Integration, wenn Flüchtlinge hier ankommen und dazu bereit sind

(Aus einer gemeinsamen und etwas aktualisierten Presseerklärung des Arbeitskreises Flüchtlinge, in dem das IZF mitarbeitet und der Antifabi)

Der Wetteraukreis geht inzwischen in vielen Kommunen recht öffentlich mit den Unterbringungsfragen um und erhält dafür positive Resonanz.